Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 90 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg. Reklt.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 15. Mittwoch, den 20. Januar 1926. 84. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 19. Jan. Am nächsten Sonntag findet hier die Landesversammlung der Nationalsozialistischen deutschen Freiheitsbewegung statt. Professor Mergenthaler, Pfarrer Dr. Stinger, Kimmich und de Bary werden über Tagesfragen referieren.

Der Prozeß Plümer—Esser.

München, 19. Jan. Am Montag sollte vor dem bekannten Münchener Amtsgericht in der Au der Beleidigungsprozeß des Schriftleiters Hermann Esser, des Freunds Hitlers, gegen den Studenten Friedrich Plümer wegen fortgesetzter Beleidigung, begangen durch die bekannte Broschüre: „Die Wahrheit über Hitler" und in öffentlichen Versammlungen stattfinden. Der Beklagte Plümer war aber nicht erschienen, sondern hatte aus seiner westfälischen Heimat einen Brief an das Gericht geschrieben, worin er um Verlegung des Termins bitte, weil ihm der Termin zu spät mitgeteilt worden sei und sein Anwalt das Mandat niedergelegt habe. Außerdem schützte er Krankheit vor. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Frank verkündete darauf einen Gerichtsbeschluß, durch den die Verhandlung vertagt und gegen den Angeklagten Vorführungsbefehl erlassen wurde. Der Hauptschriftleiter des „Völk. Beobachters", des Organs Hitlers, war anfangs ebenfalls nicht erschienen und wurde sofort zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt, die aber dann später, als er erschien, und sich entschuldigte, erlassen wurde. Plümer, der sichtlich vom Nationalsozialen Volksbund mißbraucht wurde, kann vermutlich seine Behauptungen gegen Hitler nicht aufrecht erhalten und zieht daher das Fernbleiben vor.

Agitatorische Anträge der Deutschnationalen.

Berlin, 19. Jan. Auf der Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin kündigte Graf Westarp in seiner Festrede an, daß die Deutschnationalen eine Reihe von Anträgen im Reichstag einbringen werden, die eine Einschränkung der Befugnisse des Reichstages „und somit der Parteiherrschaft" anstreben. Bei den Anträgen handelt es sich um die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und um Abschaffung des Artikels 54 der Reichsverfassung, wonach der Reichskanzler bei jedem Mißtrauensvotum einer Reichstagsmehrheit zurückzutreten gezwungen sei. Verlangt werde das Recht für den Reichspräsidenten, über die Entlassung und Ernennung des Reichskanzlers zu bestimmen und eigene Politik zu treiben, wie es in Amerika möglich sei. Im Reichsrat müsse Preußen den Vorsitz erhalten. Schließlich werden die Anträge eine Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten fordern, denn Deutschland könne sich in der Notzeit nicht leisten, daß 2000 Männer und Frauen in den Parlamenten des Reiches und der Länder Diäten bezögen. Für den Reichstag käme man am praktischsten zu einer Verminderung der Sitze, indem man das Wahlalter auf 24 oder 25 Jahre hinaufsetzte.

Forderungen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Berlin, 18. Jan. Der Aufsichtsrat und der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.d.A.) haben auf ihrer gestern abgeschlossenen Reichskonferenz eine Entschließung gefaßt, in der dringend eine weitere wesentliche Hinaufsetzung der Erwerbslosenunterstützung gefordert wird. Der G.d.A. fordert, daß der bereits veröffentlichte Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung sofort dem Reichstag zur Begutachtung und Beschlußfassung vorgelegt werde. Außerdem werden von der Regierung die Bereitstellung ausreichender Mittel für produktive Notstandsarbeiten und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Stillegungen verlangt. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten fordert weiter die baldige endgültige Verabschiedung des inzwischen vom Reichswirtschaftsrat begutachteten Arbeitsgerichtsgesetzes und erwartet von der Regierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Berliner Stimmen zum Scheitern der Regierungsbildung.

Die „Vossische Zeitung" schreibt: „Die Haltung des Kanzlers ist nur unter der Voraussetzung verständlich, daß er von vornherein an der Durchführbarkeit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts gezweifelt und von Anfang an auf die Ernennung eines Beamtenministeriums hingestrebt hat." Das „Berliner Tageblatt" geht noch weiter und erklärt rund heraus, die geplante Kabinettsbildung sei zuletzt an der Intransigenz Luthers gescheitert, der das nötige Verständnis für die Situation hätte vermissen lassen und den Standpunkt der demokratischen Fraktion, den Dr. Geßler ihm vorgetragen, nicht anerkannt hätte. Und an einer anderen Stelle meint dasselbe Blatt: „Das Kabinett der Mitte ist also gescheitert, weil die Bayerische Volkspartei als Innenminister einen Staatsmann ablehnt, der befähigt und entschlossen war, dieses Ministerium im Geiste der Reichstreue und der Verfassungstreue zu führen, und weil der Kanzler nicht den Mut oder nicht den guten Willen hatte, diesen ungeheuerlichen Entschluß zurückzuweisen." Aber ist das Kabinett der Mitte wirklich nun endgültig gescheitert? Die deutschdemokratische Fraktion hat gestern nacht eine Entschließung gefaßt, durch die noch nicht alle Fäden abgerissen werden, und bei einigem guten Willen müßte es immer noch möglich sein, wenigstens den einen oder anderen von ihnen abermals zu knüpfen. Für die Blätter der Rechten, die Hugenberg-Scherl-Presse, ist das sogenannte Beamten-Kabinett die rettende Formel, von dem der „Vorwärts" fürchtet, daß es nur ein verschleiertes Rechtskabinett wird. Diese Befürchtung braucht man an sich noch nicht zu teilen. Aber auch für das Beamtenkabinett ist es eigentlich jetzt zu spät. Auch hier hat Herrn Dr. Luthers kranke Taktik zwar die Wege nicht verbaut, doch eine beträchtliche Last von Mißtrauen aufgeschichtet helfen. Im Moment ist jedenfalls alles im Zweifel und liegen ringsum Scherben. Geßler will nicht mitmachen. Der Volksparteiler Hepp hat erklärt, seine endgültige Entscheidung von der Zusammensetzung des Kabinetts abhängig machen zu müssen. Und auch bei Herrn Bürgers, dem vom Zentrum vorgeschlagenen künftigen Reichswirtschaftsminister, haben sich noch unvorhergesehene Schwierigkeiten eingestellt. Die „Deutsche Allgem. Zeitung" will von Herrn Dr. Luther erfahren haben, daß er heute vormittag eine letzte endgültige Vermittlung in Vorschlag zu bringen gedenke. Man wird auf diesen Vorschlag neugierig sein dürfen. Es ist wirklich die allerhöchste Zeit!

Ausland.

Wien, 19. Jan. In der ersten Hälfte des Monats ist in Wien die Zahl der unterstützten Arbeitslosen auf rund 100 000 gestiegen.

Paris, 19. Jan. Der Rechnungsausschuß der französischen Kammer hat beschlossen, daß die Bezüge der französischen Parlamentarier von 27 000 auf 42 000 Franken erhöht werden sollen.

Ein Barmat-Prozeß in Amsterdam.

Von der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" wird der folgende Bericht veröffentlicht: Am 9. Januar fand vor dem Amsterdamer Gerichtshof eine Verhandlung statt, die lebhafte Erinnerungen an den großen Barmat weckt. Ein bankrotter Oelgroßhändler, der sich wegen Entziehung von 35 000 Gulden an die Konkursmasse zu verantworten hatte, erklärte gegenüber dem Präsidenten, Dr. jur. Eekhout, er habe mit dem größten Teil dieses Geldes am 27. März 1921 Dr. Hermes, den damaligen deutschen Minister für die Lebensmittelfürsorge, ferner am gleichen Tage Herrn Erzberger, den weiteren den preußischen Landtagsabgeordneten Heller und den Sekretär der sozialdemokratischen Fraktion, von Sprengleen, geschmiert, um von der deutschen Regierung Schadenvergütung dafür zu erhalten, daß Barmat die Annahme großer Mengen Oel verweigert hatte. Auf die Bemerkung des Präsidenten, er könne nicht glauben, daß solch hohe Beamte sich schmieren ließen, erwiderte der Angeklagte: „...Wenn Sie sich für den Prozeß Barmat interessiert haben, muß Ihnen deutlich geworden sein, daß damals geschmiert werden mußte, um ein Geschäft machen zu können. Es war eine förmliche Krankheit. 35 000 Gulden spielten in solchen Fällen gar keine Rolle." Mit Dr. Hermes und Erzberger habe er in deren Privatwohnungen verhandelt, mit Heller und Sprengleen am 28. März 1921 im Reichstagsgebäude. Ein früherer Prokurist Barmats, der jetzt Handel in mexikanischen Produkten treibt, erklärte als Zeuge auf Befragen des Präsidenten, die damaligen deutschen Behörden seien käuflich gewesen. Schmierte man sie nicht, so kamen keine Geschäfte zustande. Die Gründe für diese seine Ueberzeugung wolle er nicht in öffentlicher, wohl aber in geheimer Sitzung angeben. Der Verteidiger des Angeklagten legte dem Gerichtshof Briefe von Dr. Hermes, Erzberger, Heller und Sprengleen vor, aus denen hervorgeht, daß der Angeklagte mit den Genannten unterhandelt hat. Wenn schon diese schmutzige Sache verjährt ist, dürfte es doch Ehrensache der Parteien, denen die also beschuldigten deutschen Beamten angehören, sein, sie zu prüfen. Wir vernehmen, daß Julius Barmat demnächst ein Buch herausgeben wird, in welchem er „das Lügengewebe, in welches er verstrickt worden ist", zerreißt und sich von aller Schuld weiß wäscht." Es wird nicht ausbleiben können, daß die in dem Bericht des niederländischen Blattes genannten Personen sich zu den schweren, offenbar unter Eid erhobenen Beschuldigungen äußern.

Pariser Widerstände gegen die Besatzungsverminderung.

Paris, 19. Jan. Im hiesigen Außenamt gilt es noch nicht ganz für sicher, daß die Unterredung des deutschen Botschafters v. Hoesch mit dem Außenminister Briand heute stattfinden kann, da Briand mit dem Finanzproblem sehr stark beschäftigt ist. Das schwerindustrielle Blatt „Le Journal" sucht heute das deutsche Argument, eine Vermehrung der Lasten im Rheinlande sei mit der Locarnopolitik nicht zu vereinbaren, zu widerlegen. Das Blatt schreibt folgendes: „Zunächst hat die Stärke der deutschen Armee im Rheinlande vor dem Kriege nichts mit der Sache zu tun. Man darf nicht vergessen, daß die Masse der deutschen Deckung damals in Elsaß-Lothringen stand. Andererseits wird der Sinn der Besetzung vollkommen gefälscht. Denn sie ist nicht als eine Sanktion oder Strafe aufzufassen. Die Rheinlandbesetzung ist nur eine Garantie für die Ausführung der Verträge. Diejenigen, die für die Art dieser Besetzung verantwortlich sind, möchten nur dieser Garantie ein Maximum von Wirksamkeit bei einem Minimum von Mitteln sichern. Das elementarste Interesse verlangt eine möglichste Beschränkung der Ausgaben, da die Besatzungskosten in den Daweszahlungen inbegriffen sind. Die französischen Truppen im Rheinland zählen nur zwei Armeekorps, 40 000 Mann Fußsoldaten, 34 000 Kavallerie, sowie 10 000 Artillerie und andere Truppenangehörige. Wer könnte die Behauptung wagen, daß diese Zahl übertrieben groß sei?" Die nationalistische Zeitung „L'Avenir" verbreitet die Nachricht, daß bereits zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung die Verhandlungen über die Herabsetzung der im Rheinland einquartierten Truppenbestände ein günstiges Teilresultat ergeben hätten. Das Blatt warnt Briand jedoch, irgend welche Zugeständnisse zu machen und teilt mit, daß der Ministerpräsident in der nächsten Woche in der Kammer eine Erklärung über den Stand der Verhandlungen abgeben wird. „L'Avenir" führt heute einen scharfen Angriff gegen den demokratischen Reichstagsabgeordneten Koch aus und zitiert eine Rede desselben, in der es u. a. heißen soll, daß der Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen keineswegs formell sei. Daraus schließt „L'Avenir" auf die unehrliche Gesinnung des deutschen Demokraten und stellt Kochs Ausführungen der Münchener Rede Stresemanns gegenüber. Stresemann wird vom „Avenir" als ein Staatsmann bezeichnet, dessen Haltung Frankreich das größte Mißtrauen einflößen müsse. Das Blatt hetzt jetzt mit voller Wucht gegen die sogenannte deutsche Locarnistenpartei.

Belgien hält sich zurück.

Brüssel, 18. Jan. Beim heutigen Empfang des deutschen Gesandten v. Keller zur Abgabe der Erklärung über die Besatzungsarmeen sagte Vandervelde, daß diese Erklärungen Belgien nicht berührten, weil die belgische Besatzungsarmee auf eine ganz kleine strategische Einheit beschränkt wurde, nämlich eine Division Infanterie.

Auslandsstimmen zur deutschen Krise.

London, 19. Jan. Die „Times" bezeichnet die neueste Wendung der unlösbaren deutschen Regierungskrise als einen schweren Schlag für Dr. Luther und eine ernste Enttäuschung für alle ausländischen Beobachter, die die wahre Lage in Deutschland erkennen und die ernsten Gefahren, die mit der Fortdauer der regierungslosen Lage verbunden sind. Die „Times" weist darauf hin, daß in der Außenpolitik die deutschnationale Presse fortfahre, den Alliierten mit unerhörter Giftigkeit Verstöße gegen den Locarnogeist vorzuwerfen und das deutsche Versprechen, in den Völkerbund einzutreten, wie ein Fetzen Papier behandelt werde, von dem man glaubt, man könne dieses jederzeit den Alliierten vor die Füße werfen, wenn sich die Alliierten nicht bereit zeigen sollten, sich den ihnen zugemuteten „Erpressungen" zu fügen. Die Feinde der Republik seien an der Arbeit, die Bildung jedes wie immer auch gearteten Kabinetts zu verhindern in der Hoffnung, daß eine Diktatur als Uebergangsmaßnahme zur Beseitigung der Weimarer Verfassung und Schaffung der Monarchie notwendig werde.

Paris, 19. Jan. Die Pariser Presse mißt die Schwierigkeiten, die gegen die Ernennung des demokratischen Führers Koch zum Innenminister im Kabinett Luther erhoben werden, allein dem Wiedererstarken der Rechten zu. Koch sei den Rechtsparteien vor allen Dingen wegen des energischen Vorgehens beim Kapp-Putsch verhaßt. So schreibt zum Beispiel der „Petit Parisien": „Obwohl die Deutschnationalen vor drei Monaten aus eigenem Antrieb aus der Regierung ausgetreten sind, sind sie tatsächlich die unbestrittenen Herren der Lage geblieben. Die Linksparteien reagieren in keiner Weise gegen die deutschnationalen Einschüchterungsversuche."

Verstärkungen für Syrien.

Paris, 19. Jan. Wie dem „Newyork Herald" aus Kairo berichtet wird, sind 17 000 Franzosen von Toulouse unterwegs nach Beirut zur Verstärkung der dortigen syrischen Truppen. Die französische Regierung hat beschlossen, die in Syrien befindlichen Kontingente auf die Höhe von 100 000 Mann zu bringen, wie dies vom Oberkommissar de Jouvenel verlangt wurde. De Jouvenel dürfte, wie aus Kairo weiter gemeldet wird, infolge politischer Unstimmigkeiten sehr bald wieder nach Paris zurückkehren.

Italiens Ausdehnungspolitik.

London, 19. Jan. Die „Westminster Gazette" alarmiert abermals wegen der italienischen Expansionspläne gegen die Türkei, die sich auf die Flottenbasis Rhodos stützen und dazu bestimmt seien, zur Besetzung der kleinasiatischen Küste von Adalia zu führen. Bezeichnend sei die Intervention Italiens in Griechenland mit Ratschlägen über die Verstärkung der Gendarmerie und die große Stärke der italienischen Luftflotte, die mit über 2200 Flugzeugen dreimal so stark sei wie die ganze englische Luftflotte und seit dem Waffenstillstand sehr stark vermehrt worden sei.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 19. Jan. (Zuschlag bei Lösung von Fahrkarten.) Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft teilt mit, daß sie auf vielfache Vorstellungen nunmehr eine Prüfung eingeleitet habe, ob der Zuschlag bei der Lösung von Fahrkarten im Zuge seinen Zweck soweit erfüllt habe, daß an seinen Abbau gedacht werden kann. Um für das reisende Publikum schon jetzt Erleichterungen eintreten zu lassen, hat sie die Reichsbahndirektionen bereits ermächtigt, auch bei den bisher auf den Erstattungsweg verwiesenen Fällen von der Erhebung des Zuschlags dann abzusehen, wenn die Reisenden auf der Uebergangsstation aus Gründen, die von der Eisenbahnverwaltung zu vertreten sind, z. B. infolge Zugverspätung oder Schalterandrang, keine Fahrkarte zur Weiterfahrt haben lösen können, und diese Hinderungsgründe bei dem Zugpersonal auf dem Dienstwege bekannt geworden sind.

(Wetterbericht.) Ueber Mitteleuropa befindet sich Tiefdruck. Unter seinem Einfluß ist für Donnerstag und Freitag weiterhin mehrfach bedecktes und auch zu Schneefällen geneigtes Wetter zu erwarten.

○ **Calmbach,** 18. Jan. Am Samstag Abend veranstaltete die hiesige Bürgerpartei im Ankersaal eine Reichsgründungsfeier, die sehr gut besucht war und ausgezeichnet verlief. Als Redner war der Landtagsabgeordnete Dr. Weißwänger, Stuttgart, gewonnen; er entledigte sich seiner Aufgabe in nahezu zweistündigen Ausführungen aufs glänzendste. „Einst" und „jetzt" ließ er an unserem geistigen Auge vorüberziehen. Er schilderte das Große, das Schöne, die Ordnung, die Sicherheit im alten Reiche und den jetzigen Niedergang trotz oder gerade durch die in allen Tonarten gepriesenen Verträge von London (Dawesvertrag) und Locarno, die uns den Zusammenbruch der Geschäfte und damit zunehmende Arbeitslosigkeit bringen. Was hat man dem Volke vorgemacht von dem Aufstieg als Folge dieser Verträge. Und jetzt von Tag zu Tag sich steigernde Konkurse! (1924 6000, 1925 11 500 Konkurse.) Von den Rückwirkungen kaum eine Spur! Nichts ist eingetroffen von den Versprechungen der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Feinde. Unsere Diplomaten sind wieder einmal ordentlich eingeseift worden. Nicht einmal Köln ist geräumt. Die Besetzung der Rheinlande ist kaum eingeschränkt worden. Wir garantierenden Franzosen und Belgiern ihre Grenzen, was haben sie dann bei uns noch zu suchen? Unsere Hoffnung ist nur die, daß durch die Not das deutsche Volk geeinigt wird und das fremde Joch abschüttelt. Sägewerksbesitzer Keppler leitete und schloß mit herzlichen Worten die Versammlung. Umrahmt war die Feier von einigen patriotischen Liedern. Außerdem wurden noch prächtige Lichtbilder aus dem Kriege 1870/71 vorgeführt.

Württemberg.

Pfalzgrafenweiler, OA. Freudenstadt, 19. Jan. (Selbstmord.) Sattlermeister Burkhardt von hier hat sich in seinem Haus erhängt. Grund dazu scheinen zerrüttete Vermögensverhältnisse zu sein.

Stuttgart, 19. Jan. (Zahlungsschwierigkeiten des Hotels Viktoria.) Das hiesige Hotel Viktoria ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten betragen ca. 1,4 Millionen Mark, denen Aktiven in Höhe von ca. 2 Millionen Mark gegenüberstehen, sodaß ein buchmäßiger Aktivüberschuß von über einer halben Million vorhanden ist. Das Hotel ist im vorigen Sommer um 900 000 M. umgebaut worden. Davon sind noch 625 000 M. an die Lieferanten zu zahlen. Eine gestern abgehaltene Gläubigerversammlung beschloß die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Verhältnisse. Der Ausschuß soll in etwa 14 Tagen der Gläubigerversammlung Bericht erstatten. Man hofft, die Abwicklung der Verbindlichkeiten auf gütlichem Wege ermöglichen zu können.

Besigheim, 19. Jan. (Plötzlicher Tod.) In Böchgau starb der anfangs der 50er Jahre stehende Zimmermeister R. Trinkner. Er sank in der Küche eines fremden Hauses, woselbst er eilig von einem für ihn bestimmten Essen zu sich nahm, tot zu Boden.

Neckarsulm, 19. Jan. (Schiff im Packeis.) Das auf dem Neckar eingefrorene und tief im Packeis steckende Motorboot „Necker I" der Neckarschiffahrtsgesellschaft konnte auch gestern noch nicht aus seiner mißlichen Lage befreit werden. Trotz rastloser Arbeit im Schneegestöber gelang es lediglich, das Schiff drei Meter voranzubewegen. Man bahnt dem Schiff nun eine Rinne durchs Eis und hofft, es so an eine sichere Stelle im Kanal legen zu können, damit es bei einem Eistreiben außer Gefahr kommt.

Tübingen, 19. Jan. (Vom Schwäbischen Albverein.) Professor Eugen Nägele, der im Lauf des Jahres 1926 sein 70. Lebensjahr vollendet, gibt am 1. April d. J. die Geschäfte des Landesvereins vom Schwäb. Albverein ab an den hiesigen Obmann des Ermsgaus, Oberreallehrer Widmann in Urach.

Rottenburg, 19. Jan. (Zur wirtschaftlichen Lage.) Die hiesigen Fabriken haben die Arbeit bedeutend eingeschränkt. Die Maschinenfabrik Fouquet & Frantz arbeitet nur noch 3—4 Tage in der Woche, auswärtige Arbeiter wurden ganz entlassen. Die Uhrenfabrik Junghans soll bis 23. d. M. die Arbeit ganz einstellen. Die Strickwarenfabrik von Seifritz & Eger, die im Laufe des vorigen Frühjahrs neu erbaut wurde, hat ihre Arbeit ebenfalls eingestellt, ebenso Triem, Maschinenfabrik und Chr. Gwinner. Es gibt somit hier viele Erwerbslose, die vorerst zwei Tage in der Woche Notstandsarbeit verrichten müssen.

Rottweil, 19. Jan. (Schiedsspruch in der Harmonika-Industrie.) Der Schlichtungsausschuß hat für die württembergische Harmonikaindustrie einen Schiedsspruch gefällt, der den Arbeitgebern in bestimmten Grenzen eine individuelle Lohnkorrektur ermöglicht. Die Akkordsätze können im Einzelfalle bis um 12 Prozent und die Stundenlöhne bis um 5 Pfg. ermäßigt werden. In seiner Gesamtauswirkung darf der Lohnabbau aber 4 Prozent nicht überschreiten. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 22. Januar. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch angenommen.

Schwenningen, 19. Jan. (Der Wirtschaftskampf.) Die „Neckarquelle" schreibt: Am Montag hat die Arbeitsruhe in den meisten hiesigen Uhrenfabriken und den metallverarbeitenden Fabriken ihren Anfang genommen. Die langen, überfüllten Arbeiterzüge von auswärts sind ausgeblieben; auf den Straßen ist der Verkehr, der sonst so hastig vor sich ging, ganz unbedeutend; die Fabrikschlote rauchen nicht; in den langgestreckten Arbeitssälen, in denen sich hunderte von fleißigen Händen rasten und in denen täglich viele hunderte von Uhren fertiggestellt wurden, herrscht tiefe Ruhe. Man hört kein Rasseln der Maschinen, kein Hämmern, Drehen, Feilen, Fräsen usw.; alle Räder stehen still; nur das monotone Ticken der Uhren, das vielstimmige Schlagen der mancherlei Erzeugnisse und das Ablaufen der Wecker unterbricht die ungewohnte Stille. Ein dumpfer Druck lastet auf der ganzen Einwohnerschaft, denn wenn der Hauptteil unseres Wirtschaftskörpers erkrankt ist, erkranken auch bald die übrigen Glieder und die ganze Bevölkerung hat mehr oder weniger darunter zu leiden, zumal die Wirtschaftslage im allgemeinen ja schon länger eine sehr ungünstige ist. Möchte es doch den zuständigen Instanzen bald gelingen, die bestehenden Differenzen auszugleichen, damit die wirtschaftliche Störung wieder behoben wird. Je länger ein derartiger Kampf dauert, desto schlimmer sind seine schädigenden Folgen und desto schwerer wird die gegenseitige Verständigung.

Tuttlingen, 19. Jan. (Gegen die Bereitstellung von Polizeiwehr.) Eine Metallarbeiterkonferenz nahm folgenden Antrag einstimmig an: „Zur Bekämpfung der von Regierungsstellen schon erwogenen Maßnahmen, Schupo zur Niederhaltung von Erwerbslosen bereitzustellen, ebenso den Ausnahmezustand zu verhängen, beauftragt die Konferenz den Vorstand des D.M.V., ebenso den des A.D.G.B., mit Einsatz der gesamten organisierten Arbeiterschaft gegebenenfalls derartiges zu verhindern.

Ravensburg, 19. Jan. (Säumige Steuerzahler.) In der letzten Gemeinderatssitzung wurde von G.R. Rulle eine Interpellation darüber vorgebracht, daß Ende voriger Woche eine ganze Reihe von Steuerzahlern, namentlich aus Handel, Industrie und Gewerbe durch Zahlungsbefehle der Stadt überrascht wurden. Ravensburg sei die einzige Stadt in ganz Württemberg, die in ähnlicher Weise vorgegangen sei. Oberbürgermeister Mantz sagte, er möchte gern Aufklärung geben, könne aber in öffentlicher Sitzung niemand bloßstellen und müsse deshalb sich auf Allgemeines beschränken. Die Ausgabe der Zahlungsbefehle sei notwendig gewesen und Stadtverwaltung und Stadtpflege hätten damit lediglich ihre Pflicht getan. Die Stadt sei mit der Zahlung von Körperschaftsumlagen und Staatssteuern mit 303 000 M. im Rückstand und der Stadt selber seien die Steuerzahler nach dem Stand vom 2. Januar 315 000 M. schuldig. Den ganzen Herbst über habe man von Monat zu Monat bekannt gemacht, was an Steuern verfallen sei und habe die Steuerpflichtigen aufgefordert zu zahlen. Er habe Beweise in den Händen, daß eine ganze Anzahl von rückständigen Steuerpflichtigen sehr gut hätten zahlen können, wenn sie hätten zahlen wollen. Im Dezember habe die Stadt sich vor der Alternative stehen sehen, entweder den Betrieb einstellen zu müssen oder Steuern hereinzubekommen. Zudem soll ein Zahlungsbefehl von der Stadt in erster Linie den Charakter einer ernsten Mahnung haben und seine Wirkung soll nicht notwendig die eines amtsgerichtlichen Zahlungsbefehls sein.

Hohenstadt, OA. Aalen, 19. Jan. (Tragischer Tod.) Freitag nacht ist Rentamtmann Ludwig Reich im Alter von nur 31 Jahren den tragischen Folgen eines Unfalls erlegen. Er wollte am 16. Dezember zur Beerdigung seines Vorgängers, Rentamtmanns a. D. Beyerle, und stieß auf der Treppe mit dem Kopf an einen Querbalken sehr heftig an; am Grabe konnte er den Nachruf noch sprechen, mußte sich aber dann gleich zu Bett legen. Der Arzt stellte eine heftige Gehirnerschütterung fest. Nach drei Wochen tat Reich wieder Dienst, als plötzlich am Freitag, 15. Januar nachmittags, eine Gehirnblutung eintrat, die nachts seinem Leben ein Ende machte.

Blaufelden, OA. Grabronn, 19. Jan. (Gut abgelaufen.) In Blaubach hatte der Sohn des Landwirts Hörner Gülle ins Feld geführt und fuhr mit dem Gespann heimwärts. An der Mühlensteige wollte er bremsen, glitt aber auf der vereisten Straße aus und die Pferde rannten mit dem ins Rollen geratenen Fuhrwerk in den Ort. Dort begegneten sie dem Fuhrwerk des Gastwirts Wirth, wobei mit der Vorderachse dem Sattelpferd des Wirth der Fuß abgerissen wurde, sodaß es getötet werden mußte. Die Hörnerschen Pferde sprangen nun vor das Haus ihres Herrn, wo das eine Pferd an der Scheuerwand sich den Schädel einstieß, sodaß es sofort verendete. Hörner ist durch die Haftpflichtversicherung gedeckt. Es ist als ein Glück anzusehen, daß die beiden Knechte des Wirth unversehrt blieben.

Baden

Enzberg, 19. Jan. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr geriet am „Steckach", zwischen Mühlacker und Enzberg, ein Stuttgarter Lastauto in Brand. Der Wagen, der 60 Liter Benzin bei sich hatte, ist vollständig verbrannt. Der Fahrer floh, als er das Feuer bemerkte, im Hinblick auf den großen Benzinvorrat. Das Auto gehörte einer Stuttgarter Südfrüchtehandlung und war voll beladen mit Bananen. Die Enzberger Jugend war rasch zur Stelle und erfreute sich an den Früchten, die umherlagen und teilweise leicht angeschmort waren.

Flehingen, 19. Jan. Zu der Bluttat an Dr. Gregor ist zu berichtigen, daß dieser von dem Täter zwei Dolchstöße in die linke Brustseite erhielt. Sein Befinden ist den Umständen entsprechend zufriedenstellend. Lebensgefahr besteht augenblicklich nicht, sodaß zu hoffen ist, wenn keine Zwischenfälle eintreten den Überfallenen zu retten. Gestern abend 7 Uhr fuhr Gärtner Friedrich Mack, geboren am 24. August 1901 in Mannheim, ein schwer mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch, mit Fahrkarte von Pforzheim nach Karlsruhe und wurde bei der von einem Bahnsteigschaffner in Karlsruhe nach dem Auskunftsbüro gebracht. Ein Polizeibeamter, der zur Feststellung der Personalien herbeigerufen wurde, konnte an Hand der Personenbeschreibung feststellen, daß Mack mit dem bis dahin unbekannten Attentäter auf den Direktor Gregor identisch sei. Mack legte auch ein Geständnis ab und gab zu, den Direktor aus Rache mit einem Metzgermesser gestochen zu haben. Er wurde ins Karlsruher Amtsgefängnis eingeliefert. Mack ist früher Fürsorgezögling.

Vermischtes.

Ein Wildschwein mit der Axt erschlagen hat vor wenigen Tagen ein Goldarbeiter namens Schmidt in der Waldabteilung St. Nikolaus bei Ramsen (Kirchheimbolanden). Während der Beschäftigung wurde der Arbeiter plötzlich von fünf Wildschweinen umringt, von denen vier davonsprangen, während das fünfte den Arbeiter angriff. Der Mann ergriff seine Axt und streckte durch wohlgezielte Hiebe das wütende Tier nieder.

Ein Irrtum am Grabe. Manchmal kommt es vor, daß irrtümlich jemand totgesagt wird, worauf sich der Betreffende nach einem alten Volkssprunch gewöhnlich eines recht langen Lebens erfreut. Seltener aber dürfte der Fall sein, daß, wie dieser Tage in Kempten, eine Frau am Grabe ihres verstorbenen Mannes anhören muß, daß sie ihm schon im Tode vorangegangen sei. Die Frau bekam natürlich keinen geringen Schreck, wie sie gewissermaßen amtlich erfahren hat, daß sie bereits tot ist.

Geographie schmach! Wie im bayerischen Landtag der Abg. Goltwitzer von der Deutschen Volkspartei mitteilte, wird die pfälzische Stadt Zweibrücken im neuen Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches, einem wissenschaftlichen (!) Handbuch, als zum Saargebiet gehörend bezeichnet! Der bayerische Ministerpräsident erklärte unter großer Heiterkeit, daß er Veranlassung nehmen werde, den Berliner Herausgebern den richtigen Geographieunterricht zu übermitteln.

Großfeuer. In der vergangenen Nacht brach in Aicha bei Koburg aus unbekannter Ursache Großfeuer aus, wodurch zwei Gehöfte, darunter das des Bürgermeisters, mit Wohnhäuser, Scheunen, Stallungen und Nebenräumen vollständig eingeäschert wurden. Der Bürgermeister wurde durch den Starkstrom einer abgerissenen Hochspannungsleitung getötet, seine Frau betäubt und verletzt.

Die Seilschwebebahn auf den Pfänder. Aus Bregenz wird berichtet, daß die dortige Stadtvertretung beschlossen hat, für den Bau der Seilschwebebahn auf den Pfänder mit 2900 000 Schilling in Aktien oder Obligationen unter der Bedingung zu beteiligen, daß den öffentlichen Körperschaften in der zu bildenden Aktiengesellschaft die Mehrheit der Aktien gesichert bleibt. Außer der Stadt Bregenz beteiligen sich an diesem Bau noch die Gemeinde Lochau und die Stadt Lindau i. B., voraussichtlich auch das Land Vorarlberg.

Neue Hochwassergefahr in der Schweiz. Da die Temperatur in verschiedenen Gebieten der Schweiz bereits wieder über den Gefrierpunkt gestiegen ist, befürchtet man erneut Hochwasser. In der Zentralschweiz, Luzern und Vierwaldstätter Seegebiet hat es bereits am Montag geregnet. Da in den Quellgebieten der Flüsse bis zu ein Meter Neuschnee liegt, würde das Unwetter eine Riesenschneeschmelze zur Folge haben. Die durchschnittliche Schneehöhe im Schweizer Mittelland beträgt 30 bis 40 Zentimeter.

Die falsche Zarentochter. Eine in Berlin eingetroffene Frau Tschaikowsky hatte sich als gerettete Zarentochter Anastasia ausgegeben. Die Großfürstin Olga, eine Schwester des ermordeten Zaren, hat sich darauf von Kopenhagen nach Berlin begeben und sich durch den Augenschein überzeugt, daß zwischen der Großfürstin Anastasia und Frau Tschaikowsky auch nicht die entfernteste Ähnlichkeit besteht.

Die Amerikaner als Sparer. 23 Milliarden Dollars, von denen nahezu 2 Milliarden im letzten Jahre neu hinzugekommen sind, stellen das Sparkonto des amerikanischen Volkes dar. Die der American Bankers Association zu verdankenden Ausstellungen, die die Spareinlagen aller Art in den Banken und Kreditanstalten am 30. Juni 1925 umfassen, ergeben pro Kopf der Bevölkerung eine Sparsumme von 204 Dollars, d. h. 11 Dollars mehr als im Vorjahre. Die Gesamtsumme von 23 134 050 000 Dollar verteilt sich auf 43 850 127 Sparkonten, d. h. 2½ Millionen mehr als im Vorjahr.

Gerichtssaal.

Neuenbürg, 15. Jan. Alfons Vatter von Linsingen, 2

Vom Glück vergessen.

Roman von **Fr. Lehne.**

(Schluß.)

Sie kniete vor dem Verlobten und suchte seine Hand zu fassen. Er lag mit offenen, klaren Augen da.

„Axel, kennst du mich, siehst du mich, deine Blanche?"

Er sah sie nicht an. Seine dunklen Augen blickten beharrlich nach der Tür.

„Axel —!" schrie Blanka da auf. „Herr Doktor, er ist nicht bei Bewußtsein, er ist im Fieber — —"

„Gwendoline!" flüsterte er.

Was enthüllte ihr dieses eine Wort!

„Gwendoline Reinhardt will ich sehen!" sagte Axel Kronau. „Sie soll kommen, Doktor."

Blanka schrie laut auf.

„Mein gnädiges Fräulein, Ihre Anwesenheit bringt dem Kranken Unruhe — ich muß bitten —" bemerkte der Arzt mit Ungeduld. Und er dachte an das schöne Mädchen, das er vorhin für die Braut gehalten. Welcher Konflikt spielte da? — —

„Axel, läßt du mich von dir gehen?" schluchzte Blanka. „Du bist mir böse — verzeihe mir meine unüberlegten Worte — ich hab's ja nicht so gemeint — sei gut."

Er hörte nicht auf ihre bittenden Worte. Alles Leben schien sich in seinen Augen zu konzentrieren, die unverwandt nach der Tür blickten.

„Gwendoline —! Bringen Sie sie mir doch, Doktor! Sie wartet draußen! Ich weiß es, ich fühle es."

Der Arzt ging hinaus und sah draußen die fremde Dame stehen, die bei seinem Anblick unwillkürlich einige Schritte auf ihn zutrat und ihn mit tränenvollen Augen anblickte. Er sagte einige Worte zu ihr; sie nickte errötend und entgegnete leise auf seine Frage: „Ja, ich heiße Gwendoline."

In seiner Begleitung trat sie endlich, endlich in das Haus, totenblaß vor innerer Erregung.

„Gwendoline —"

Wie es in den Augen des Kranken bei dem Anblick des schönen blonden Mädchens aufleuchtete, wie er diesen Namen aussprach.

Der Arzt wußte jetzt Bescheid.

Er nahm Blanka, die heftig auf Gwendoline zulief, ohne weiteres beim Arm.

„Gnädiges Fräulein, ich muß meine Bitte von vorhin wiederholen — im Interesse des Kranken! Ihre Wünsche heben Sie für gelegenere Zeit auf!" Und im Nu hatte er die sich Sträubende hinausgeführt.

„Mein armes Kind, meine Blanche!" Die Kommerzienrätin schloß Blanka in die Arme. „Was tut Gwendoline dadrinnen? Du Arme."

„Ja, arm, Mama — und betrogen —" schluchzte Blanka, „betrogen von ihm und Gwendoline —! Komm fort, komm fort von hier — — ich ertrage es nicht — —"

Johanna stand mit großen, verständnislosen Augen da. Was ging da vor?

Gwendoline Reinhardt — — und Axel Kronau?

„So komm doch, Jeannette — — was zögerst du noch?" herrschte Blanka die Schwester an.

„Blanka, so erkläre mir doch — —"

„Quäle mich nicht, Mama, und frage mich jetzt nicht! Ich will nach Hause — —" Sie zog und zerrte die Mutter, daß die ihr kaum zu folgen vermochte. Sie sprang ins Auto, warf sich laut schreiend in zorniger Erbitterung in die Ecke des Wagens und war jedem Trosteswort unzugänglich. In ihrer Wut riß sie den Handschuh von der linken Hand, streifte den Verlobungsring ab und warf ihn weit aus dem Wagen in das grüne Feld. — —

Währenddem kniete Gwendoline vor Axels Lager, leise und behutsam seine Wange streichelnd.

„Nun bist du bei mir!" flüsterte er mit schwachem Lächeln. „Jetzt fühle ich nichts mehr! Gwendoline, liebst du mich noch? Wirst du nun bei mir bleiben?"

„Das fragst du noch, du Lieber? Jetzt bleibe ich immer bei dir."

„Mußte ich mir beinahe erst den Hals brechen, um dich zurückzugewinnen! Aber nun wird alles gut!"

Sie nickte und legte ihm die Hand auf den Mund. Sie errötete, als ihr Blick dem des Arztes begegnete, der sie mahnend und verwundert zugleich ansah.

„Nichts mehr sprechen jetzt! Dazu haben wir später viel Zeit! Lasse dir genügen, mein Geliebter, daß ich bei dir bin! Du wirst gesund werden — für mich!"

Er nickte froh. Sie las in seinen Augen eine Bitte. Da neigte sie sich über ihn und küßte ihn auf den Mund. In diesem Augenblick drang heller Sonnenschein in den Raum. Die späte Nachmittagssonne hatte siegreich den Regen überwunden und sandte ihre milden Strahlen auf die Erde, die Herzen der beiden Menschen, die sich fürs Leben gefunden, mit froher Verheißung erfüllend.

„Mein Geliebter —" sagte Gwendoline. „Das Glück hat es zuletzt noch gut mit uns gemeint; das Glück hat uns doch nicht vergessen!"

Ende.

Der beschränkte Kopf.

Der geistvolle Schriftsteller J. J. Engel, der im 18. Jahrhundert eine große Berühmtheit genoß, wurde einst zu einem Fürsten gerufen, der sich gern als Beschützer der Gelehrten und Künstler aufspielte. Nachdem er eine Zeitlang im Vorzimmer gewartet hatte, wurde er eingelassen, und der Fürst, auf dem Sofa sitzend, nickte ihm gnädig mit dem Kopf zu und erkundigte sich nach seinen Lebensumständen. Er hielt es aber nicht für nötig, Engel zum Sitzen aufzufordern. Das Gespräch kam auf den Herzog v. B. „Den haben Sie ja wohl auch gekannt?" fragte der Fürst. „O ja, recht gut," versetzte Engel. „Nun, und was halten Sie von ihm?" — „Aufrichtig gestanden, nicht viel," erwiderte der Dichter. „Wenn ich die Wahrheit sagen soll, so war er ein höchst gewöhnlicher, beschränkter Kopf. Ich bin oft bei ihm gewesen, aber er benahm sich immer wie andere Menschen auch und versäumte zum Beispiel nie, mir einen Stuhl anzubieten."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Jahre alt und ein Genosse **Haberstroh** standen wegen Diebstahls vor dem Amtsgericht. Beide waren am 19. Juli 1925 in der Wirtschaft zur Krone in Sprollenhaus und fehlte nach ihrem Weggang dem Dienstmädchen eine gestrickte Jacke. Die Jacke wurde später bei der Ehefrau des Haberstroh gesehen, abgenommen und wieder beigebracht. In der heutigen Verhandlung suchte Haberstroh glaubhaft zu machen, daß er die Jacke von Batter erhalten habe, und er nicht wisse, wie Batter dieselbe an sich gebracht habe. Batter dagegen bestritt, dem Haberstroh die Jacke gegeben zu haben. Durch die Zeugenvernehmung wurde die Täterschaft des Haberstroh als erwiesen erachtet und derselbe zu zwei Wochen Gefängnis, sowie Tragung des gesetzlichen Teils der Gerichtskosten verurteilt. Batter wurde freigesprochen. — Wilhelm **Pfrommer** von Dennach hat im Laufe des vergangenen Jahres den Holzhändlern Chr. Bacher von Neuenbürg u. Holzhändler Schrafft von Schwann unbefugt im Walde Holz (Scheiterholz und Stangen) weggenommen, auf seinen Wagen geladen und abgeführt. Pfrommer suchte in der heutigen Verhandlung glaubhaft zu machen, daß er das Holz aus Versehen auf seinen Wagen geladen habe und den Holz- bzw. Nummern-Zettel nicht bei sich gehabt habe. Die Staatsanwaltschaft beantragte wegen des dem Schrafft weggenommenen Klotzholzes vier Wochen Gefängnis und wegen der dem Bacher entwendeten Stangen zwei Wochen Gefängnis, zusammen einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 M. und im Falle der Uneinbringlichkeit 40 Tage Gefängnis sowie Tragung der Kosten. — Albert **Haffa**, 16 Jahre alt, Schuhmachermeister von Höfen, hatte sich wegen Betrug zu verantworten. Haffa bezog von einem Alfred Volland aus Dechingen Leder, und stand mit der Bezahlung im Rückstand. Volland kam deshalb zu Haffa wiederholt und stellte nach Aussage Haffas den Antrag, H. solle ihm von seiner Schuhmachermaschinen eine Ablermaschine vertraglich überweisen. Dieses geschah auch und verschwieg H. hierbei dem V. daß die Maschine noch nicht bezahlt sei, und der Lieferant das Eigentumsrecht bis zur völligen Abzahlung der Maschine habe, obwohl wie festgestellt wurde, V. den H. gefragt hatte, ob die Maschine auch wirklich sein Eigentum sei. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Geldstrafe von 30 M. Das Gericht erkannte auf 20 M. Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit vier Tage Gefängnis sowie Tragung der Gerichtskosten. — Wilh. **Janda**, 30 Jahre a., hier und Heinrich **Filzer** von Zussenhausen, zurzeit in München, waren des Diebstahls beschuldigt. Beide waren der Tat geständig. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Janda drei Monate Gefängnis und gegen Filzer 25 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte gegen Janda auf drei Monate Gefängnis, sowie gegen Filzer auf 30 M. Geldstrafe und im Falle der Uneinbringlichkeit auf sechs Tage Gefängnis nebst Tragung der Gerichtskosten.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 19. Jan. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 65 Ochsen (unverkauft 25), 20 Bullen, 300 (30) Jungochsen, 289 (30) Jungrinder, 75 (15) Kühe, 834 Kälber, 986 Schweine, 5 Schafe und 2 Ziegen. Erlös aus je ein Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 45—48 (letzter Markt: 45—48), 2. 34—43 (34—44), Bullen 1. 48—50 (unv.), 2. 40—46 (unv.), Jungrinder 1. 48—51 (unv.), 2. 40—46 (unv.), 3. 33—38 (unv.), Kühe 1. 30—40 (unv.), 2. 17—27 (17—28), 3. 12—16 (unv.), Kälber 1. 80—82 (82—84), 2. 74—79 (75—80), 3. 64—70 (67—72), Schafe 1. 64—68 (unv.), 2. 35 bis 38 (unv.), Schweine 1. 82—83 (81—82), 2. 81—83 (80—81), 3. 79—81 (78—80), Sauen 60—72 Mark. Marktverlauf: ruhig, Ueberstand.

Stuttgart, 19. Jan. (Württ. Häute- und Fellauktion.) Auf der heutigen württ. Häuteauktion gab es für Kalbfelle feste Gebote mit 3—5 Prozent Aufschlag. Ochsenhäute leichte 5 Prozent weniger, mittl 7 Prozent weniger, schwere, 60—79 Pfund ungefähr letzte Preise, über 80 Pfund 5 Prozent weniger. Rinderhäute: 30—49 Pfund unverkäuflich, unter der Hand zu 10 Prozent weniger gegenüber Dezember abgegeben. 50—59 Pfund 5—9 Prozent zurück, mehrere Lose unverkauft, 60—79 Pfund 6—8 Prozent weniger. Kühe leichte 18 Prozent weniger gegenüber Dezember. 50—59 Pfund unverkäuflich, 60—79 Pfund 10 Prozent gegenüber Dezember weniger.

Pforzheim, 18. Jan. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 319 Tiere und zwar: 17 Ochsen (unv. 5), 13 Kühe, 31 Rinder, (5), 6 Farren, 2 Kälber, 12 Schafe, 242 Schweine (24). Marktverlauf langsam. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 48—50, Rinder 1. 51—54, Ochsen und Rinder 2. 44—46, Kühe 28—38, Farren 45—53, Schweine 85—88.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Schweinepreise. Aalen: Milchschweine 30—40 Mark. — Riedlingen: Milchschweine 26—40, Mutterschweine 210—240 Mark. — Rottenburg: Milchschweine 35—50, Läufer 75 Mark. — Tuttlingen: Milchschweine 25—31 Mark. — Weilderstadt: Milchschweine 27—45, Läufer 49—72 Mark das Stück.

Neueste Nachrichten.

Freiburg i. B., 20. Jan. Während seit Mitte voriger Woche und besonders zu Anfang dieser Woche recht ergiebige Schneefälle niedergegangen sind, die sich in leichter Form bis in die Nachmittagsstunden des gestrigen Tages fortsetzten, ist seit gestern abend ein leichter Regen eingetreten, der in niederen Lagen den Schnee langsam zum Schmelzen bringt.

Fichtingen, 19. Jan. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß sich der Zustand des Direktors der staatlichen Fürsorgeerziehungsanstalt, Professor Dr. A. Gregor, in der Nacht zum Dienstag so gebessert hat, daß keine Lebensgefahr mehr besteht.

Koblenz, 20. Jan. Nach einer Mitteilung der Interalliierten Rheinschiffahrtskommission sollen die französischen Kontrollposten im Frankenthaler Kanal und bei Altripp am 20. Januar aufgehoben werden.

Berlin, 19. Jan. Die Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs des Schlichtungsausschusses Donaueschingen in dem Lohnstreit in der Schwarzwälder Uhrenindustrie haben heute im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Sie sind ergebnislos verlaufen. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers steht noch aus.

Berlin, 19. Jan. Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat nach der „Vossischen Zeitung" dem Vorschlag des Parteivorstandes zugestimmt und beschlossen, einen Antrag auf Volksbegehren in der Frage der Fürstenabfindung, unbeschadet eines getrennten Vorgehens der Kommunisten, selbständig zu stellen.

Berlin, 19. Jan. Das Linienschiff „Hessen" meldet vom 19. Januar, daß es in der alten Elseinne zu den Dampfern „Faust" und „Trave" gestoßen sei und sie bei der Egholm-Insel aufgenommen habe. Diese beiden Dampfer mußten von dem Geleitzug, der am Samstag nach Reval eingebracht wurde, zurückgelassen werden. Das Linienschiff „Hessen" hat beide Dampfer mit Lebensmitteln versehen. Von den nach Reval eingebrachten Dampfern hat außer „Hans Leonhardt" der Dampfer „Hornsee" und der russische Dampfer „Leutnant Schmidt" Reval bereits nach Westen verlassen. In dem Abschnitt bei der Insel Hoyland liegen jetzt noch 18 Dampfer, darunter „Tilsit", „Marienburg", „Hornech", „Westhold", „Undine", „Klara Kunsimann" und „Hochland". Die Bemühungen, auch diese in Sicherheit zu bringen, sind von allen Seiten in vollem Gange.

Berlin, 19. Januar. Im Reichstag ist eine Interpellation der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der gefragt wird, ob die Nachricht, daß die Stärke der in der zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungstruppen auf etwa 75 000 Mann festgesetzt werden soll, zutrifft, und ob die Regierung gewillt ist, die Herabsetzung der Besatzungstruppen auf die vom Botschafterrat zugesicherte Höhe von 45—50 000 Mann zu sichern. Es wird weiter gefragt, ob die Regierung gewillt ist, vor dem Eintritt in den Völkerbund die Frage der Stärke der Besatzung in einer Weise zu regeln, die den berechtigten Ansprüchen des Rheinlandes und des gesamten deutschen Volkes wie auch den Abmachungen von Locarno entspricht.

Berlin, 19. Januar. Die Blätter erfahren über die gesetzlichen Voraussetzungen eines Volksbegehrens und eines Volksentscheides folgendes: Der Antrag auf ein Volksbegehren in Sachen der Fürstenabfindung ist beim Reichsminister des Innern eingereicht und es müssen nunmehr die Antragsteller in etwa vierzehn Tagen die Listen beschaffen, die zur Einzeichnung ausgelegt werden sollen. Das Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn mindestens ein Zehntel aller Stimmberechtigten sich eingetragen haben, d. h. etwa vier Millionen. Kommt das Volksbegehren zustande, so kann der Reichstag den verlangten Gesetzentwurf ablehnen, abändern oder unverändert annehmen. Wird er nicht unverändert angenommen, so kommt der Volksentscheid, an dem sich über die Hälfte aller Stimmberechtigten, also etwa 20 Millionen, beteiligen müssen. Nur bei einer solchen Beteiligung kommt dann in Frage, ob der Gegenstand angenommen ist, wenn nämlich die Mehrheit der Abstimmenden mit Ja gestimmt hat.

Berlin, 19. Jan. Wie die Blätter von zuständiger Seite erfahren, kann die Darstellung des „Daily Telegraph" über den Schritt des Botschafters Schamer betreffend die Besatzungsstärke unmöglich dem wirklichen Verlauf entsprechen, schon weil Artikel 429 nicht über die Besatzungsstärke spricht. — Der Privatdiskont wurde von 6⅝ auf 6½ Prozent ermäßigt, was auf die Börsenstimmung günstig einwirkte. — Nach den bisherigen Feststellungen über das Moabiter Explosionsunglück sind fünf Leichen geborgen, von denen bei vier die Persönlichkeit festgestellt werden konnte. Die als tot gemeldete Ehefrau Langner lebt und ist unverletzt. Schwerverletzt sind sechs Personen, darunter zwei Kinder. Leicht verletzt sind drei Personen. Es besteht die Möglichkeit, daß noch weitere Leichen unter den Schuttmassen liegen. Das 2½jährige Kind der Familie Schröder konnte noch nicht geborgen werden.

Hannover, 19. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Händler Fritz Grans wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus und Tragung der Kosten des Verfahrens, soweit es Grans betrifft. Außerdem werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf 12 Jahre aberkannt. Ferner wird auf die Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Danzig, 19. Jan. Der Völkerbundskommissar teilte vor einigen Tagen dem Senat mit, daß Polen beabsichtige, schon jetzt die militärische Wache auf der Westerplatte einzurichten. Am gestrigen Tage sind nachmittags ein Offizier und 22 Mann auf der Westerplatte eingetroffen, die dort untergebracht wurden.

Everett (Massachusetts), 19. Jan. Hier explodierte ein Gasolintank mit 240 000 Gallonen Inhalt und beschädigte drei weitere Tanks schwer. Eine Person wurde verletzt. Der Sachschaden wird auf 75 000 Dollar geschätzt. Man hat die Feuerwehren von acht benachbarten Städten zur Hilfeleistung herbeigeholt.

Strafantrag im Prozeß Pölzing—Prüfert.

München, 19. Jan. Nach den Ausführungen des Sachverständigen General a. D. Exzellenz v. Oven und des Obersten v. Unruh beschloß das Gericht in der heutigen Vormittagssitzung des Mordprozesses Pölzing—Prüfert, den Zeugen Major v. Schulz nachträglich zu vereidigen, da der ursprüngliche Verdacht der Teilnehmerschaft durch das Ergebnis der Hauptverhandlung vollständig widerlegt wurde. Staatsanwalt Dr. Korrell begründete in längeren Ausführungen die Anklage und beantragte zum Schluß seiner einstündigen Rede, die Angeklagten nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags schuldig zu sprechen und sie unter Ausschluß mildernder Umstände zu je 10 Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

Die Abfindung des württ. Fürstenhauses.

Berlin, 19. Jan. Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde die Beratung der Anträge zur Frage der Fürstenabfindung fortgesetzt. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) teilte eingangs hierzu das schon in der Presse veröffentlichte Telegramm des Generalbevollmächtigten des Herzogs von Gotha mit, in dem bestritten wird, daß der früher regierende Herzog seinen Besitz durch Auslandsanleihe belasten wolle. Das bayerische Staatsministerium des Innern hat ebenfalls telegraphisch bekannt gegeben, daß ihm von solchen Absichten des früheren Herzogs nichts bekannt sei. Es seien auch Vorkehrungen getroffen, die eine derartige Belastung des Besitzes des Herzogs von Gotha verhindern würden. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der **württembergische Gesandte wies in einer Erklärung darauf hin, daß in Württemberg schon 1819 bei der Schaffung der konstitutionellen Verfassung das Privatvermögen des Königshauses vom Staatsvermögen getrennt worden sei. Der am 29. November 1918 abgeschlossene Abfindungsvertrag sei am 21. Juni 1919 vom württembergischen Landtag bestätigt worden. Während mit dem Königshaus eine Vereinbarung erzielt wurde, habe das frühere Königshaus weitere Ansprüche gestellt. Wegen Feststellung dieser Ansprüche schwebe jetzt die Frage der Einsetzung einer gemeinsamen Gutachterkommission. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) fragte, mit welcher rechtlichen Begründung das frühere Königshaus, besonders der Herzog Albrecht, den Abfindungsantrag anfechte. Der Gesandte erklärte sich bereit, diese Frage seiner Regierung zu unterbreiten. Nach dem Abfindungsvertrag verzichtete der König für seine Person auf die Zivilliste. Darum fühle sich wohl das Fürstenhaus daran nicht gebunden.** Für **Hessen-Darmstadt** ist, wie der hessische Minister Hentig dann erklärte, 1919 ein Abfindungsvertrag abgeschlossen worden. Das großherzogliche Haus sieht nunmehr seinen ganzen Abfindungsvertrag für ungiltig an. Dieser Rechtsstreit schwebt noch. Für **Mecklenburg-Schwerin** gab der Ministerpräsident von Brandenstein die Erklärung ab, daß die im Vertrage vom 17. Dezember 1919 in Papiermark festgesetzten Leistungen entwertet seien. Das Schiedsgericht hat die Höhe der Aufwertung neu festgesetzt. Ueber die Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs, soweit er sich auf Zinsen und nicht auf Apanagen bezieht, schwebt vor dem Landgericht Schwerin ein Prozeß. Vorsitzender Abg. Dr. Kahl verlas ein Schreiben des Generalbevollmächtigten des Großherzogs, in dem Bezug genommen wird auf die in der letzten Sitzung erörterte Aufwertung einer Forderung des Großherzogs um 60 Prozent des Nennwertes. Für **Oldenburg** erklärte Staatsrat Ahlhorn auf verschiedene Fragen die frühere schriftliche Auskunft dahin, daß Aufwertungsansprüche vom Großherzog gegen den Staat nicht geltend gemacht wurden, sondern von Gläubigern für eine Schuld von 500 000 M., die der Staat vom Großherzog übernommen habe. Nur um die Sammlungen sei ein Streit entstanden, der dadurch beigelegt wurde, daß der Großherzog auf jede Kapitalabfindung und Rente verzichtete. Für **Schaumburg-Lippe** teilte Staatsrat Steinbrecker noch mit, daß das Privateigentum des Fürsten bei der Auseinandersetzung in keiner Weise angegriffen worden sei. Gestern sei darüber ein Vergleich abgeschlossen worden, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sagte der Vorsitzende zu, zur Aufklärung über die Frage, welche Fürsten das frühere Privileg der Steuerfreiheit noch in Anspruch nehmen, einen Vertreter des Reichsfinanzministeriums für die nächste Sitzung des Ausschusses hinzuzuziehen.

Das Kabinett Luther endlich gebildet.

Berlin, 19. Jan. Der Dienstag hat nun endlich die Entscheidung gebracht, das zweite Kabinett Luther ist zustande gekommen. Noch am Dienstag mittag war alles in der Schwebe und völlig unübersichtlich. Am Nachmittag drängte dann alles zur endgültigen Klärung. In den ersten Abendstunden erschien Dr. Luther noch einmal beim Reichspräsidenten, um diesen kurz über die Gesamtlage zu unterrichten. Im Anschluß daran wurden die Unterhändler durch den Reichspräsidenten empfangen, der nunmehr selbst in die Verhandlungen eingriff. Für die Deutsche Volkspartei war beim Reichspräsidenten Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abg. Dr. Leicht, für die Demokraten die Abg. Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Exzellenz Erkelenz erschienen. Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab: „Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens **nunmehr eine Regierung zustandekommen muß.** Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Regierungsmehrheit die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abg. Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, bleibt als zwar weniger tragfähige, aber immerhin doch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken gegenüberstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz aus dem Wege zu räumen. Auf der anderen Seite **erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr.** Was nach einem völligen Scheitern der Versuche in der letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustandezubringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich **für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen.** Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend die entscheidende Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen, **ihre rechtlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen,** damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrise beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird." Im Anschluß hieran dankte der Reichspräsident dem Abg. Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung. Der Eindruck, den diese Botschaft auf die Versammelten hervorgerufen hat, war unverkennbar. In der gleich darauf stattfindenden kurzen Besprechung mit den Fraktionsvertretern legte Dr. Luther nunmehr eine **Ministerliste** vor, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Reichskanzler: Dr. Luther; Aeußeres: Dr. Stresemann (D. Vp.); Inneres: Abg. Külz (Dem.); Finanzen: Dr. Reinhold (Dem.); Justiz und besetzte Gebiete: Dr. Marx (Ztr.); Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Vp.); Reichswehr: Dr. Geßler; Verkehr: Krohne (D. Vp.); Post: Stingl (B. Vp.); Ernährung: ein Zentrumsmann, dessen Person noch der Gegenstand einer Aussprache zwischen dem Reichskanzler und der Zentrumsfraktion sein wird.

Zustimmung zum Vorschlag Dr. Luthers.

Berlin, 19. Jan. Außer dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei stimmte die Bayerische Volkspartei nach kurzer Beratung der Fraktion der vom Reichskanzler vorgeschlagenen Ministerliste zu. Die Sitzung der Demokraten dauert noch an. Auch die Demokraten sprachen sich nach längerer Fraktionssitzung für die Annahme der vom Reichskanzler vorgeschlagenen Ministerliste aus.

Berlin, 20. Jan. Nachdem im Laufe des gestrigen Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der von dem Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt hatten, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

Aus der Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 20. Jan. In der gestrigen Sitzung der Fraktion der demokratischen Partei, in der die Liste des Reichskanzlers für das Kabinett zur Entscheidung vorgelegt wurde, empfahl der Fraktionsvorsitzende Koch, keinen Widerspruch gegen die vorgeschlagene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Es wurde nach langer Debatte mit ganz kleiner Mehrheit eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des Einspruchs der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat, und nachdem durch die Berufung von Dr. Külz die Teilnahme eines Fraktionsmitglieds gesichert ist, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgesehenen Kabinetts zu." Die demokratische Reichstagsfraktion hat, durch das Schwerwiegende ihres Entschlusses in der Frage der Regierungsbildung veranlaßt, beschlossen, den Parteiausschuß zum Sonntag, den 24. Jan., nach Berlin einzuberufen. Der Parteivorstand tritt am Samstag nachmittag 2 Uhr in Berlin zusammen.

Geburtstags-
Namenstags-
Künstler-
Postkarten
in schöner Auswahl zu haben in der
C. Meeh'schen Buchhandlung, Neuenbürg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Das [illegible] Kabinett Luther im Spiegel der Berliner Presse.

[illegible]lin, 20. Jan. Durch fast alle Berliner Blätter ging ein Aufatmen, daß es endlich dank des Eingreifens des Reichspräsidenten gelungen ist, die Regierungskrise zu beenden. Vor allem die Blätter der Regierungskoalition zollen dem Reichspräsidenten Dank dafür, daß er durch seinen an die Parteien gerichteten Appell die Regierungsbildung erwirkt habe. Das neugebildete Kabinett Luther findet in der Rechtspresse nur durch die „Deutsche Zeitung" eine unbedingte Ablehnung. In der „Deutschen Tageszeitung", die die Regierung ein Kabinett der „linken Mitte" nennt, wird vor allem kritisiert, daß die Landwirtschaft in dem neuen Kabinett durch keinen Vertrauensmann an einem irgendwie aussichtsreichen Platz vertreten ist. Bei Beantwortung der Frage, welche Aussichten auf Bestand das neue Kabinett habe, glaubt das Blatt Vorsicht üben zu sollen, da es in dieser Hinsicht entscheidend auf die parlamentarische und mehr noch auf die politische Gesamtlage ankomme. Auch der „Berliner Lokalanzeiger" sieht in der Zusammensetzung der neuen Regierung eine starke Neigung nach links. Immerhin erklärt das Blatt, daß die Rechte vorerst die Taten der neuen Regierung abwarten wolle und ihre Haltung lediglich von der Politik Dr. Luthers und seiner Mitarbeiter abhängig machen werde. Die „Tägliche Rundschau" prophezeiht dem zweiten Kabinett Luther wohl einen schweren Daseinskampf, glaubt aber, daß das Kabinett von Bestand sein kann, wenn die Koalitionsparteien entschlossen zusammenhalten und ihre Differenzen der letzten Tage in der Erfüllung einer gemeinsamen hohen Aufgabe vergessen. Die „Germania" unterstreicht noch einmal ihre Auffassung, daß auch die Regierung der kleinen Koalition nur die Politik der großen Koalition machen könne. Was der Zentrumswählerschaft dieses Kabinett Luther vertrauenswürdig mache, sei die Tatsache, daß in ihm ihre bewährten Vertrauensmänner sitzen und die Partei diesmal eine feste Verbindung mit dem Kabinett einging. Im „Berliner Tageblatt" wird dem demokratischen Parteiführer Koch dafür höchste Anerkennung gezollt, daß er sich mit seinem ganzen Einfluß für die zustimmende Entscheidung der demokratischen Fraktion eingesetzt hat. Es verstehe sich von selbst, so heißt es dann in dem Blatt, daß der Demokrat Dr. Külz in den Fragen der Reichseinheit und der republikanischen Staatsverfassung nicht um ein Jota anders denke, als der Demokrat Koch. Ueber die Haltung der Sozialdemokraten zu dem neuen Kabinett sagt der „Vorwärts", daß sie die Berufung Kochs zum Reichsminister des Innern begrüßt hätten, durch sein Beschwinden gemahnt würden, mit ihrem Vertrauen sehr vorsichtig umzugehen.

Gefunden

mehrere Geldbeträge. Auskunft beim

Stadtschultheißenamt.

Forstamt Wildbad.

Nadel-Stammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich

am **Donnerstag, den 4 Febr. 1926,** vormittags 9½ Uhr, in Wildbad im Hotel z. „Traube" aus Staatswald Distr. I Meistern und II Wanne: Ta.- und Fi.-Langh. mit Fm.: 708 I., 568 II., 415 III., 152 IV., 73 V., 10 VI. Klasse; Sägh.: 82 I., 81 II., 38 III. Klasse. Fo.-Langh.: 9 I., 12 II., 32 III., 6 IV., 1 V. Kl.; Sägh.: 3 I., 3 II., 3 III. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Schwarzwald-Verein

V.-V. Neuenbürg.

Mitglieder-Versammlung

am **Samstag, den 23. Januar 1926, abends 8 Uhr,** im **Nebenzimmer** von **Karl Schumacher.**

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht 1925.
2. Jahresbeitrag 1926.
3. Mont-Blanc-Vortrag.
4. Wanderungen 1926.
5. Wünsche und Anträge.

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Der Vorstand.

Turn-Verein

Neuenbürg.

Am **Sonntag, den 24. Januar, nachm. 5 Uhr,** findet im im **Gasthaus zur „Eintracht"** unsere

diesjährige

General-Versammlung

statt, wozu sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Tagesordnung: Jahresbericht, Turnbericht, Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes.

Der Turnrat.

PHANKO

Pfannkuch

Frische Seefische

Pfund **40** Pfg.

Pfannkuch

Ich suche ein fleißiges

Mädchen.

Gute Behandlung u. Bezahlung, schönes Heim.

Direktor H. Wittmann,
Karlsruhe, Hindenburgstr. 9.

An die Ortsbehörden!

Die Musterung der **Ortspolizeiunterbeamten** durch den Landjägerstationskommandanten (§ 252 Abs. 2 der Vollz.-Verf. zur Gde.-Ordng.) wird in diesem Jahr wie folgt vorgenommen:

am Dienstag den 9. Februar, vorm. 10 Uhr, in Schömberg für die Gemeinden Beinberg, Bieselsberg, Grunbach, Igelsloch, Kapfenhardt, Langenbrand, Maisenbach, Oberlengenhardt, Salmbach, Schömberg, Schwarzenberg und Unterlengenhardt,

am Donnerstag den 11. Febr., vorm. 9 Uhr, in Neuenbürg für die Gemeinden Neuenbürg, Arnbach, Birkenfeld, Calmbach, Engelsbrand, Enzklösterle, Gräfenhausen, Höfen und Waldrennach,

am Dienstag den 16. Februar, vorm. 9 Uhr, in Schwann für die Gemeinden Conweiler, Dennach, Feldrennach, Oberniebelsbach, Ottenhausen, Schwann und Unterniebelsbach,

am Donnerstag den 18. Febr., vorm. 10 Uhr, in Herrenalb für die Gemeinden Bernbach, Dobel, Herrenalb, Loffenau, Neusatz und Rotensol.

Die Polizeiunterbeamten haben zu den Musterungen pünktlich in voller Uniform neuester Garnitur (Dienstmäntel sind mitzubringen) zu erscheinen und ihr Dienstbuch sowie Gelenkfesseln vorzulegen.

Die Gemeindebehörden werden beauftragt, Vorstehendes den Polizeiunterbeamten zu eröffnen.

Neuenbürg, den 20. Jan. 1926. **Oberamt.**
Lempp.

Arbeitsvergebung.

Für den **Neubau eines Beamtenwohnhauses in Schwann,** Bauherrschaft Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station, sind die

Grab-, Maurer- und Betonarbeiten, Zimmer-, Dachdecker-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Flaschner-, Schmied-, Maler-, Tapezier- und Verschindelungsarbeiten, sowie Boden- und Wandbeläge

in Akkord zu vergeben.

Die erforderlichen Unterlagen liegen von Dienstag den 19. ds. bis einschließlich Samstag den 23. ds., jeweils vormittags 8—12 Uhr, auf dem Rathaus in Schwann zur gef. Einsicht auf.

Die Offerten wollen spätestens bis **27. Januar 1926** bei der Bauherrschaft in Teinach eingereicht werden. Zuschlagsfrist 5 Tage. Die Wahl unter den Bewerbern behält sich die Bauherrschaft vor.

Feldrennach, den 16. Januar 1926.

Hermann Kling, Architekt.

Arnbach, den 19. Januar 1926.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Tode unserer lieben Entschlafenen

Helene Hiller, geb. Fischer,

für den erhebenden Gesang des Jungfrauenvereins und dessen Leiter H. Lehrer Barner herzl. Dank. Besonderen Dank den unermüdlichen Schwestern des Bezirkskrankenhauses Neuenbürg, die mit aufopfernder Liebe die Heimgegangene während zweijährigem Krankenlager pflegten, allen denen, die sie während ihrem langen Leiden besuchten und erquickten und zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Schömberg, den 19. Januar 1926.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Barbara Gronbach

sagen wir innigen Dank. Besonders danken wir dem Gesangverein für den erhebenden Gesang, für die vielen Kranzspenden, sowie allen denen, die ihr während ihrer Krankheit so viel Gutes erwiesen und denen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Kopp.

Johanna Seyfried
Ottmar Schweitzer
Verlobte

Calmbach, Januar 1926.

Radfahrer-Verein Neuenbürg.

Einladung

Am **Samstag den 23 Januar** findet unsere diesjährige

Abend-Unterhaltung

im **Gasthaus zum „Bären"** statt.

Programm.

1. Musikstück.
2. Begrüßungsansprache.
3. Musikstück.
4. **Theaterstück: „An der Grenze",** Dramatisches Stück in vier Akten.
5. Musikstück.
6. **Lustspiel: „Im Fuchseisen",** Schwank in zwei Akten.
7. Musikstück.
8. Couplet: Der ängstliche Michel und der furchtsame Sepp.
9. Musikstück.
10. Gadenverlosung.

Aenderung des Programms vorbehalten.

Eintritt: Nichtmitglieder 50 Pfg., Mitglieder mit Familie 50 Pfg.

Saalöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Etwa uns zugedachte Gaben werden dankend entgegengenommen im Gasthof zum „Bären" sowie im Lokal zum „Adler".

Wehrwolf, Ortsgruppe Neuenbürg

Kommenden **Sonntag den 24. ds.,** nachmittags 4 Uhr, im **„Sonnensaal"**

Reichsgründungs-Feier
und öffentlicher Vortrag

über vaterländische Jugendbewegung, umrahmt von deklamatorischen und musikalischen Darbietungen.

Alle guten Deutschen von Neuenbürg und Umgebung, Jünglinge und heranwachsende Mädchen, Männer und Frauen, insbesondere auch die ehemaligen Heeresangehörigen und Frontkrieger, sind herzlichst eingeladen. **Eintritt frei.**

Im Auftrag der Ortsgruppe:
Oberreallehrer Widmayer.

Die Bettwanze samt Brut,
Ratten, Mäuse, Käfer, Grillen, Milben, sowie Motten

aus **Leder-Klubmöbel, Teppichen etc.** beseitigt durch rationelle Verfahren unbedingt sicher, **Bettfedern** reinigt mustergültig die allgemein bekannte und eingeführte

Desinfektionsanstalt A. & K. Helfer,
Pforzheim, Güter-Straße 21, Fernsprecher 1923.
Radikaler Erfolg! Billige Preise!
Kostenvoranschlag auf Wunsch.

Feine Tafel-Aepfel

versendet, die 50 Kilo zu 22 M. ab hier, Verpackung zum Kostenpreis berechnet, unter Nachnahme

Christian Bernhardt
in **Schönenberg,**
P. Oetisheim, Ob. Maulbronn.

Gesucht

Schreiner-Gehilfe in Sanatoriumsbetrieb in **Schömberg** bei freier Station. (Schlafen daheim.) Eintritt sofort.

Angebote unter Chiffre 101 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

H. M. „Hirsch".

Bezirks-Arbeitsamt

Telefon Nr. 53.

Wir suchen:

Einige tüchtige **Hausmädchen** für Hotels und Pensionen zum sofortigen Eintritt.

PHANKO

Pfannkuch

Billige Volksnahrungsmittel:

Hülsen-Früchte

Ausnahmepreise

Halbe gelbe gespaltene

Erbsen

Weiße Bohnen

und

Zucker-Linsen

1 Pfd. **19** Pfg.

Schön durchwachsenes

Rauchfleisch

gut geräuchert

1 Pfd. **1.90** Mk.

Selbst eingeschnittenes

Sauerkraut

Weingärung

1 Pfd. **7** Pfg.

10 Pfd. **65** Pfg.

Echte Frankfurter Würstchen

3 Paar **1.25** Mk.

Pfannkuch

Leicht laufend, stabil und dauerhaft sind meine

Pfadfinder Räder

mit zweijähriger Garantie

von **68** Mark an

Nähmaschinen, Sprechapparate, Gummi, Laternen Preise niedr.

Illustr. Katalog gratis

Eleka Company Kassel.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Inserate heben den Umsatz!